

Das Studierendenparlament der Universität zu Köln möge befassen, beraten, beschließen, durch sein Präsidium dem Senat der Universität weiterleiten, und in der „Rückmeldung“ zu veröffentlichen:

Keine Zusammenarbeit mit militärischen Einrichtungen und rüstungsrelevanten Betrieben an der Universität Köln

Die Zusammenarbeit von Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen mit militärischen Einrichtungen und rüstungsrelevanten Betrieben dient der Kriegsproduktion, der Kriegsvorbereitung und der Kriegsführung. Die Geschichte der deutschen Universitäten verpflichtet: Durch ihre Indienstnahme und bereitwilliges Mittun während des Faschismus sind der Weltkrieg sowie die systematische Ausbeutung und Ermordung von Millionen von Menschen erst ermöglicht worden. Sozialer Fortschritt und Demokratisierung weltweit, die Erforschung von Friedensursachen, zivile internationale Konfliktaustragung sowie umfassende Abrüstung und Konversion sind zentrale Aufgabe auch für die Wissenschaft. Um ihr gerecht werden zu können, ist der Einfluss von Kriegsverdienern und Militär auf die Wissenschaft zurückzuweisen.

Das Studierendenparlament fordert daher:

- die Offenlegung sämtlicher Drittmittel-geförderter Projekte an der Universität Köln
- die Beendigung sämtlicher militärischer und rüstungsrelevanter Kooperationen an der Uni Köln

Das Studierendenparlament fordert den Senat der Universität Köln dazu auf, eine Selbstverpflichtung der Universität gegen jegliche Zusammenarbeit mit militärischen Einrichtungen und rüstungsrelevanten Betrieben zu beschließen und in ihrer Grundordnung festzuschreiben.

Außerdem fordert das Studierendenparlament die studentischen VertreterInnen im Senat dazu auf, sich das hier gefasste Anliegen zu Eigen zu machen und entsprechend diesem Beschluss Anträge im Senat zu stellen.

Antragsteller:

– Wendepunkt – Junge Sozialisten an der Uni Köln

– ----